Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Die Kosten der Krisen

Durch Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg ist das reale BIP in Deutschland – nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) – um rund 420 Mrd. Euro geringer ausgefallen, als es ohne diese Ereignisse der Fall gewesen wäre. Der größte Wertschöpfungsverlust war mit 175 Mrd. Euro im ersten Corona-Jahr zu konstatieren. Im Jahr 2021 kam es vor allem im ersten Quartal zu deutlichen Ausfällen. Im Jahresverlauf traten dann aufgrund der global gestörten Lieferketten vor allem in der Industrie zusätzliche Produktionsprobleme auf. Insgesamt beliefen sich die krisenbedingten BIP-Einbußen im zweiten Corona-Jahr auf etwa 125 Mrd. Euro. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zu Anfang 2022 wurde von der russischen Invasion abrupt beendet. Hinzu kamen weiterhin pandemiebedingte Störungen der weltweiten Lieferketten sowie Kaufkraftverluste infolge gestiegener Preise. Die Kosten von Krieg und Corona für das dritte Pandemiejahr 2022 beziffert das IW auf 120 Mrd. Euro. Eingeschränkte Einkaufsmöglichkeiten und die seit Mitte 2021 steigende Inflation, die die Kaufkraft der Privathaushalte schwächt, haben insgesamt zu Konsumeinbußen von etwa 400 Mrd. Euro geführt, was 5.000 Euro pro Einwohner entspricht.

Schlusslicht statt Vorreiter

Deutschland ist dabei, einen Rollentausch von der einstigen Wirtschafts-Lokomotive zum konjunkturellen Schlusslicht in der Eurozone und der EU zu vollziehen. Nach der Herbstprognose der Europäischen Kommission wird das deutsche BIP 2023 um 0,6 % zurückgehen. Zum Vergleich: Für den Euroraum wird ein durchschnittliches Wachstum von 0,3 % prognostiziert. Während die Bundesrepublik mit der roten Laterne zu leben hat, rangieren die „Problemländer" Spanien und Griechenland mit einem erwarteten Plus von 1 % ganz oben auf der Liste. Begründet wird die schwache Entwicklung Deutschlands vor allem mit der Verteuerung der Energiepreise und dem deswegen rückläufigen privaten Konsum. Außerdem werde die deutsche Wirtschaftsaktivität dadurch gedämpft, dass energieintensive Produkte nicht mehr hierzulande hergestellt würden und durch Importe ersetzt werden müssten. Angesichts der bisher noch relativ stabilen Konjunktur mehren sich aktuell die Stimmen, die behaupten, die Lage sei besser als die Stimmung. Diese Einschätzung wird allerdings nicht durch die führenden Konjunktur-Indizes bestätigt. So hat sich der Finanzmarkttest des ZEW im Oktober weiter verschlechtert. Der Frühindikator der Commerzbank verzeichnet das stärkste Minus seit 11 Jahren. Auch der ifo-Geschäftsklimaindex und der Einkaufsmanagerindex sind weiter gefallen. All das gibt keinen Anlass zur Weltuntergangsstimmung, aber auch nicht zur Gesundbeterei.

„Äußerst brisante Rezession"

Wie sich die reale Situation in der Wirtschaft darstellt, zeigt repräsentativ der „Weltmarktführerindex Deutschland". Laut der im November vorgelegten Herbst-Umfrage hat sich das allgemeine Geschäftsklima in den letzten sechs Monaten massiv eingetrübt. Die Daten erreichen teilweise historische Tiefststände. Der „erträgliche" Auftragseingang helfe nicht angesichts der erheblichen Lieferkettenprobleme. Die Vielfach-Krise aus Ukraine-Krieg, hoher Inflation und Fachkräftemangel werde zu einer „äußerst brisanten Rezession" führen. Jedes zweite Weltmarktführer-Unternehmen beurteilt das Geschäftsklima zwischen „schlecht" und „schlechter geht es nicht". Interessant ist auch die Bewertung der Attraktivität der Zielregionen. Aus Sicht der befragten Firmen rangieren die USA (mit 53,2 % der Nennungen) wieder mit Abstand vor Asien (37,1 %). Nur noch 3,2 % bezeichnen Europa als attraktivste Wirtschaftsregion. Bemerkenswert ist auch die unverändert hohe Standorttreue. Nur 6,5 % der Unternehmen denken wegen als unvorteilhaft empfundener Rahmenbedingungen über eine Verlegung der Zentrale ins Ausland nach. Schlechte Noten von den Entscheidern erhält die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland. Sie wird von über der Hälfte als „mangelhaft" und „ungenügend" empfunden. Die Durchschnittsnote hat sich seit Frühjahr 2022 von 3,3 auf einen neuen Negativrekord von 4,3 verschlechtert.

Domino-Effekte

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) rechnet für das Jahr 2022 mit einem verheerenden Produktionseinbruch von 8,5 %. Die Branche gilt bekanntlich als Seismograf für die ökonomische Entwicklung der folgenden Monate. Befürchtet wird ein von der Chemie ausgelöster Kaskadeneffekt mit erheblichen volkswirtschaftlichen Verwerfungen. Als Folge könnten womöglich viele Betriebe in anderen Sektoren die Produktion einstellen und Insolvenz beantragen müssen. Der CEO des Spezialchemie-Konzerns Covestro bezeichnet vor diesem Hintergrund eine schleichende Deindustrialisierung als reales Risiko. Europa befinde sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Als Illusion bezeichnet der VCI die Hoffnung, „mit Staatsgeld durch die Energiekrise zu kommen und dann in den alten Strukturen weiterzumachen". Parallel zum kurzfristigen Krisenmanagement stünden auch die notwendigen langfristigen Strukturanpassungen für die Zukunft an. Sorgen bereitet der Branche der Green Deal der EU, der fast ausschließlich auf „einen überdimensionierten regulatorischen Werkzeugkasten" setze. Schon heute gebe es 7.100 Seiten an Regulierungs-Vorschriften für die Chemieindustrie. Der Warenkreditversicherer Allianz Trade erwartet für 2023 einen Anstieg der Insolvenzen um 17 % auf etwas 17.150 Fälle. Restrukturierungs-Experten der TMA Deutschland warnen davor, dass auf die meisten Unternehmen im kommenden Jahr starker Gegenwind zukomme.